

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

20.4.1922 (No. 92)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. U. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 M. — Einzelnummer 1.— M. — Anzeigengebühr: 1.30 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Preise und Lieferfrist. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zweigleisiger Bezeichnung und Konturverfolgung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckproben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Genua.

IV.

Man könnte annehmen, daß die Absicht, eine selbständige, aktive Außenpolitik zu treiben, den Reichskanzler bewegen hätte, das Abkommen mit Rußland abzuschließen. Aber wenn auch vielleicht derartige Absichten mitgesprochen haben, so ist das entscheidende Moment doch der unmittelbare Zwang gewesen, ein Zwang, der sich aus dem Verhalten der Großen und Kleinen Entente ganz von selbst ergab. Deutschland ist gleichberechtigter Teilnehmer an der Konferenz in Genua. Es geht nicht an, dieses selbe Deutschland, das auch heute noch eine Großmacht darstellt und an der russischen Frage am meisten interessiert ist, auszuschließen, wenn gerade über diese russische Frage verhandelt wird. Deutschland hatte jedenfalls, nachdem solches geschehen war, das moralische, diplomatische und formale Recht, nun seinerseits mit Rußland zu unterhandeln.

Man vergißt bei der Beurteilung der ganzen Angelegenheit viel zu sehr, daß doch zum Unterhandeln und Vertragsschließen immer zwei gehören, und daß ja nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland das Abkommen unterzeichnet hat. Wenn also überhaupt ein Vergeben vorliegen würde, so wären Deutschland und Rußland gemeinlich in dieses Vergeben schuldig zu sprechen. Man hat aber geistlich nur auf Deutschland losgeschlagen und Rußland wohlwollend ignoriert. Und doch hatte ja gerade Rußland durch die Tatsache, daß es mit Deutschland unterhandelte und das Abkommen unterzeichnete, klar genug zu erkennen gegeben, daß es auch von seinem eigenen Interessenstandpunkt aus in dem Abschluß des Vertrages etwas Gutes und Nützliches erblickt.

Die Juristen der Entente haben inzwischen festgestellt, daß ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles in dem deutsch-russischen Abkommen nicht erblickt werden könne. Daß aber dieses Abkommen seiner ganzen Tendenz und seinem ganzen Inhalt nach friedlichen Zwecken dient und dem Grundgedanken der Wirtschaftskonferenz von Genua durchaus entspricht, das werden doch nur Lören bestreiten wollen.

Die Erklärung für die anfängliche Erregung bei der Entente ist wohl zunächst in dem Umstande zu suchen, daß das eigene unkorrekte Verhalten durch den entschlossenen Schritt Deutschlands an den Vranter gestellt wurde — nicht umsonst haben die Neutralen gegen dieses Verhalten protestiert —, und ferner in der Tatsache, daß ein Teil der Entente eben doch noch, allen schönen Reden und guten Absichten zum Trotz, in Deutschland einen Seloten sieht, der, bevor er selbständig etwas unternimmt, gefälligst anzufragen habe, ob solches auch den Siegerstaaten genehmig sei.

Nun, inzwischen hat sich ja die Erregung gelegt, und es besteht die begründete Aussicht, daß die ganze Angelegenheit ohne Störung der Konferenz und ohne Schädigung Deutschlands erledigt wird. Dr. Wirth und Dr. Rathenau haben mündlich und in einer offiziellen Darlegung die Auffassung der deutschen Delegation recht glücklich und überzeugend vertreten. Und im Bereich der Entente hat man sich der Überzeugungskraft dieser Rechtfertigung nicht verschließen können. An sich besteht ja auch heute noch durchaus die Möglichkeit, daß der deutsch-russische Vertrag von der Gesamtkonferenz in den Rahmen des großen Vertrages, den zweifellos die beteiligten Mächte mit Rußland abschließen werden, hineingearbeitet wird, ohne daß das Abkommen dabei entscheidend abgeändert zu werden braucht.

Was das Londoner Memorandum der Ententesachverständigen betrifft, so haben sich in den letzten Tagen die Aussichten auf eine Einigung mit Rußland vermehrt. Rußland scheint bereit zu sein, die Vorkriegsschulden anzuerkennen. Seine eigenen Schadensersatzansprüche — Ansprüche, die auf die von Seiten der Entente geförderten, gegenrevolutionären Aktionen zurückzuführen — sollen gegen die Zuschüsse, die Rußland während des Krieges erhalten hat, aufgerechnet werden. Es ist einer der leitenden Grundsätze der Diplomatie, nichts Unmögliches zu verlangen. Und in richtiger Würdigung dieses Grundsatzes wird wohl auch Frankreich dem Vorschlag Rußlands zustimmen können, da ja für Frankreich schon allein die Zurückzahlung der Vorkriegsschulden durch Rußland einen finanziellen Gewinn von ungeheurer Bedeutung ausmacht. Es sind gegen 24 Milliarden Goldfranken gewesen, die Frankreich vor dem Kriege in Rußland investiert hatte.

Im Ganzen betrachtet, scheint sich also der Pessimismus der ersten Tage dieser Woche verflüchtigt zu haben. Alle Teilnehmer der Konferenz, und zwar nach außen hin auch Frankreich, haben das Bestreben, die Konferenz zu einem vernünftigen Abschluß zu bringen. Ein solcher Abschluß wäre schon allein darin zu erblicken, daß es gelänge, das Problem der Stabilisierung der Wäluen grundsätzlich zu lösen. Auf Vorschlag Dr. Rathenaus ist diese wichtigste finanzielle Frage einer Kommission der hervorragendsten Finanzleute Europas anvertraut worden. Daß die Konferenz von Genua nicht die erste und letzte ihrer Art sein wird, haben wir schon früher betont. Weitere Konferenzen werden ihr folgen. Und wenn erst einmal die Frage der Abrüstung erledigt sein wird, wird auch Amerika nicht länger zögern, an diesen Konferenzen teilzunehmen. Dann aber wird auch der Augenblick gekommen sein, wo die Reparationsfrage als solche in aller Form behandelt und den realen Erfordernissen der Lage Deutschlands angepaßt wird.

Politische Neuigkeiten. Die Überraschung von Genua.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags hatte der Reichskanzler den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George besucht und sich längere Zeit mit ihm unterhalten. Zu gleicher Zeit unterhielt sich der Außenminister Rathenau mit dem italienischen Außenminister. Man nimmt an, daß der Weg zur Verständigung gefunden ist. Denn auf beiden Seiten ist der Wunsch, die Konferenz weiter zu führen, maßgebend. Auch mit den Russen fanden Besprechungen statt.

Ein B. L.-Bericht besagt unterm 19.: Die in Genua weilenden deutschen Kabinettsmitglieder sind nach Überreichung der Note der neun Mächte zu einer Sitzung zusammengetreten. Die deutsche Antwort wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages überreicht werden. Die Stimmung ist durchaus ruhig und fest. Man hält den deutschen Standpunkt, wonach der Vertrag mit Rußland weder gegen den Friedensvertrag von Versailles noch gegen das Londoner Memorandum verstoße, für so völlig einwandfrei, daß er sich bei ruhiger Überlegung auch in den Kreisen der übrigen Mächte durchsetzen muß, wenn die Aufregung des ersten Augenblicks erst nachgelassen hat. Man neigt daher zu der Ansicht, daß in der gestrigen Note das letzte Wort noch nicht gesprochen sei und daß die Unterzeichner selbst im Interesse des ungehinderten fruchtbaren Fortgangs der Konferenz einen Ausgleich finden werden. Zu erwähnen wäre noch, daß die deutschen Delegierten Rathenau, Hermes, Schmidt und Reichsbankdirektor Habenstein gestern Abend einer Einladung der italienischen Delegation zu einem Essen gefolgt sind, an dem Führer der Delegierten aller Nationen teilgenommen haben.

Nach zuständiger deutscher Stelle wird mitgeteilt: Die Einwendungen der einladenden Mächte in Genua gegen den deutsch-russischen Vertrag bestehen im wesentlichen aus folgenden Punkten:

1. Es läge eine Sonderaktion Deutschlands vor. Sonderverhandlungen sind aber zunächst unter Nichtbeteiligung Deutschlands von anderer Seite eingeleitet worden. Um Schädigungen zu vermeiden, mußten wir mit Rußland ein Abkommen treffen.
2. Der Reichskanzler habe das Londoner Memorandum in der ersten Sitzung der ersten Kommission ohne Widerspruch als die Handelsbasis anerkannt. Das Memorandum wurde in dieser Sitzung nur verlesen. Die Russen erklärten, daß sie es nicht kennen. Es wurde auch erklärt, daß das Memorandum die Regierungen nicht binde. Jene eine Erklärung von Deutschland ist nicht abgegeben worden.
3. In der Ganner Resolution sei als Voraussetzung für die Konferenz von Genua festgestellt worden, daß Rußland die Sozialisierungsschäden anerkenne und diese Resolution von Cannes sei vom Reichskanzler angenommen; darauf ist zu sagen: einerseits hat in dem zwischen Deutschland und Rußland geschlossenen Vertrag Rußland in der Form der Aufrechnung die Sozialisierungsschäden ausdrücklich anerkannt, andererseits auf die Schäden, die Deutschland nicht bezahlet hatte, verzichtet. Außerdem ist in dem Vertrag ausdrücklich vorgesehen, daß, wenn Rußland mit einem anderen Staate ein Abkommen schließt, in dem es sich zur Erstattung für die Sozialisierungsschäden verpflichtet, diese Erstattungen analog auch an Deutschland zu bezahlen seien. Prinzipiell ist also die entschuldigende Sozialisierung nicht festgestellt worden.
4. Der Vertrag enthalte eine Verletzung des Art. 260 des Versailler Vertrages. Wir hätten durch den Verzicht auf die Sozialisierungsschäden die Rechte entwertet, die wir nach Art. 260 auf die Reparationskommission übertragen müßten. Aber die deutschen Rechte, die nach unserer Auffassung unter den Art. 260 fallen, sind längst auf die Reparationskommission übertragen und der von Deutschland ausgesprochene Verzicht ist ohne Einfluß auf diese Rechte, da sie im Augenblick des Verzichts keine deutschen Rechte mehr darstellten. Wenn die Alliierten Rußland gegenüber auf die Geltendmachung ihrer Ansprüche verzichteten, dann können sie sich nicht beschweren, Sehen sie aber ihre Ansprüche durch, dann fällt die Wirkung des deut-

schen Verzichts weg. Der Vertrag von Rapallo verletzt also den Vertrag von Versailles nicht.

Zur Begründung des deutschen Abkommens mit Rußland gab, wie die Blätter aus Genua melden, der Leiter der Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor von Malgahn folgende Erklärung: Als man der deutschen Delegation des Londoner Memorandum vorlegte, haben wir sofort erklärt, daß uns drei Punkte darin unannehmbar erschienen. Der erste Punkt war der Artikel VI, der besagt, daß Deutschland Rußland oder einem Dritten, der an die Stelle Rußlands tritt, für die Kriegsschadigungen, die Rußland auf Grund des Versailler Vertrages hätte fordern können, zur Verfügung stehen müsse.

Der zweite unannehmbar Punkt war der Artikel, der sagt, daß alle industriellen Unternehmungen, die am 1. März 1917 in Rußland unter ausländischer Leitung standen, als ausländische Unternehmungen betrachtet werden sollen. Zu diesem Zeitpunkt konnten natürlich infolge des Krieges keine Unternehmungen in Rußland eine deutsche Verwaltung aufweisen.

Der dritte Punkt war der Artikel 15, der festsetzt, daß vor dem 1. September 1917 in Rußland vollzogene Enteignungen in Kraft bleiben sollen. Diese Enteignungen betreffen fast ausschließlich deutsche Unternehmungen. Deutschland war also auf Grund dieses Memorandums von allen Vorteilen ausgeschlossen, die ein eventuelles Abkommen mit der Sowjetregierung gebracht hätte.

Diese Einbrüche der deutschen Delegation sind den anderen Delegationen ausführlich zur Kenntnis gebracht worden und es ist den Mitgliedern einer fremden Delegation erklärt worden, daß Deutschland sich verpflichtet fühle, die Drohungen des Memorandums durch direkte Abmachungen mit den Russen zu parieren. Am Freitag Abend kam der Botschafter der italienischen Delegation, Giannini, zu der deutschen Delegation und berichtete über die Besprechungen zwischen Rußland und der Entente, die hinter geschlossenen Türen stattgefunden hatten. Giannini fügte hinzu: daß er die Aufgabe habe, die Ansichten der deutschen Delegation über das Memorandum zu erfahren. Es wurde ihm hierauf von den Deutschen erklärt:

1. Solange die drei erwähnten Punkte aufrecht erhalten bleiben, können wir zu diesem Memorandum keine Stellung nehmen.
 2. Wenn die Verhandlungen mit den Russen ohne uns fortgesetzt werden sollten, würden wir in unserem Interesse gezwungen sein, uns anderweitig zu sichern.
- Am Samstag erklärten Malgahn und Joffe dem deutschen Delegierten Malgahn, daß die Russen auf Grund gegenseitiger Konzessionen zu einem Abkommen mit den Ententemächten zu kommen hofften. Auch ein britischer Delegierter äußerte sich in einer Unterredung mit Malgahn sehr optimistisch über die Verhandlungen. Malgahn wiederholte demgegenüber, daß Deutschland durch direkte Verhandlungen mit den Russen die Situation parieren müsse. Am Samstag Abend brachten verschiedene Berichterstatter der deutschen Delegation Nachricht, daß das Abkommen zwischen Rußland und den Ententemächten bereits erzielt worden sei. Rummehe beschloß die deutsche Delegation um eine Zusammenkunft für die nächsten Tage zu ersuchen. Diese Zusammenkunft fand am Donnerstag in Rapallo statt. Nach kurzer Dauer wurde der bereits in Berlin vorbereitete Vertrag unterzeichnet.

Aber die Vorgänge, die zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages durch Deutschland führten, verläutet von zuständiger Stelle im Einzelnen noch folgendes:

Am vergangenen Freitag erschien als Vertreter des italienischen Außenministers Schanzer bei dem deutschen Reichskanzler der italienische Staatssekretär Giannini. Er teilte mit, daß am Donnerstag Verhandlungen zwischen den Alliierten und den Russen über das Londoner Memorandum stattgefunden hätten. Die Verhandlungen seien in einem günstigen Stadium begriffen, und es sei wertvoll für die Entente, noch zu erfahren, wie Deutschland zu dem Memorandum stehe. Giannini äußerte die Meinung, Deutschland solle sich dem Vertrage, der zwischen den Alliierten und den Russen am Entschieden begriffen sei, mehr anschließen, obwohl ja bekanntlich Deutschland zu den Beratungen mit den Russen nicht zugelassen war. Der Reichskanzler nahm diese Mitteilungen zur Kenntnis und berief noch in Gegenwart des italienischen Staatssekretärs den Außenminister Dr. Rathenau zu sich. In Gegenwart Dr. Rathenaus wiederholte Giannini seine Aufforderung, Deutschland möge sich der Stellungnahme der Entente den Russen gegenüber anschließen. Dr. Rathenau erwiderte, es sei der deutschen Delegation unmöglich, ihre Zustimmung nachträglich zu geben, um so mehr, als das Londoner Memorandum Deutschland von allen wirtschaftlichen Konzessionen in Rußland ausschließe und um so mehr, als Deutschland nicht rechtzeitig um seine Meinung gefragt sei. Dr. Rathenau sagte, die Entente habe ein schönes Diner veranstaltet, zu dem Deutschland nicht eingeladen worden sei, nachträglich werde es nun aber aufgefordert, sich über das Menü zu äußern. Giannini wiederholte demgegenüber nochmals erfolglos die Aufforderung, sich der Stellungnahme der Entente anzuschließen, worauf die Besprechung abgebrochen wurde. Am nächsten Tage begannen die Verhandlungen zwischen den Russen und den Deutschen, die dann bekanntlich zum Abschluß des Vertrages führten.

Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß sämtliche deutschen Sachverständigen von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen die Haltung der Reichsregierung billigten und für die Unterzeichnung des Vertrages eintraten.

Weitere Erklärungen Rathenaus. Rathenau erklärte in einer Unterredung mit dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily News“ zu der Note des Alliierten, die Deutschen hätten nichts im Geheimen getan,

was unberechtigtweise behauptet werde. Bismarck hätten die Deutschen den russischen Vertrag mit Mitgliedern der britischen Delegation erörtert. Am letzten Freitag sei ein alliierter Vertreter mit ihm, Rathenau, zusammengekommen, und er habe diesem erklärt, daß die Deutschen den Bedingungen der alliierten Sachverständigen nicht zustimmen könnten. Er habe gesagt, daß Deutschland seine eigenen Vereinbarungen mit Rußland treffen müsse. Er selbst habe verschiedentlich versucht, LloydGeorge zu sprechen, es sei ihm jedoch nicht gelungen. Bezüglich des Ausdrucks „Verletzung der Bedingungen“ in dem alliierten Communiqué erklärte Rathenau, er müsse diesen entschieden zurückweisen. Ein Vertrauensbruch habe nicht stattgefunden. Der deutsche Außenminister erklärte mit großem Nachdruck, davon zu sprechen, die deutschen Kollegen hätten hinter dem Rücken ihrer Kollegen gehandelt, sei unannehmlich und in hohem Maße ungerührt. Bezüglich des Ausschusses Deutschlands von einem Teil der Erörterungen in Genua erklärte Rathenau, er könne noch nicht sagen, wie die Deutschen sich dazu stellen würden, da er diese Frage mit seinen Kollegen erörtern müsse. Zum Schluß erklärte Rathenau nachdrücklich, er sei über das Communiqué der Alliierten erstunnt. Die verschiedenen Einwände seien vollkommen unbegründet. Deutschlands Aktion sei vollkommen gerechtfertigt und Deutschland werde für sie auch einstehen.

Die Schuld der Alliierten.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ berichtet, die vorgestrige Sitzung der Alliierten sei ein weiteres Beispiel für das unglückliche Verfahren, das bis zu einem gewissen Grade schon bei der augenblicklichen Krise sei. Die Genuaer Konferenz habe alle Nationen auf dem Fuße der Gleichberechtigung vereinigen sollen. Jedoch schon bei der Eröffnung hätten sich die alliierten Nationen besondere Siege vorbehalten und sowie sich die erste Frage von wirklicher Bedeutung erhoben habe, hätten sich die vier Alliierten abgetrennt und in ein Privatkonglomerat zurückgezogen. Die Deutschen seien nicht die ersten gewesen, die dieses Verfahren verurteilt habe. Auch die Neutralen seien ungehalten. Selbst jetzt, wo die deutsch-russische Aktion eine Krise verursacht habe, die das Ende der Konferenz bedeuten könne, werde der politische Unterausschuß immer noch nicht einberufen. Statt dessen fasse eine reine Alliiertenversammlung, an der nicht nur die Regierungsmächte von Genua, sondern auch die drei kleinen Ententemächte und Belgien vertreten seien, Beschlüsse, die die gesamte Zukunft der Beratungen berühren. Sowohl Klotz, wie auch Branting, die beide Mitglieder des politischen Unterausschusses seien, ständen vollkommen außerhalb der Erörterungen, und die Genuaer Konferenz, die dazu bestimmt sei, Unterschiede im Völkerrecht zu beseitigen, zöge die Trennungslinie schärfer als je.

Die Denkschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Denkschrift, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der Konferenz in Genua und der dort in diesen Tagen verammelten Amsterdamer Gewerkschaftszentrale vorgelegt hat, behandelt das Problem des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus vorwiegend vom Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft aus. Sie erblickt als die Ursache der wirtschaftlichen Krankheitserscheinungen, die sich in ständiger Verschlechterung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft und in der wachsenden Zahl der Arbeitslosen in anderen Ländern zeigt, in erster Linie die Störung des internationalen Warenaustausches infolge sinkender Reproduktions- und fehlender Kaufkraft in großen Wirtschaftsgebieten, ferner die Verschuldung der für den internationalen Warenaustausch vor allem in Betracht kommenden Länder. Die Denkschrift bezeichnet es als unerlässlich, daß durch internationale Gewerkschaftsarbeit die Hilfsmittel bereitgestellt werden, die erforderlich sind, um diejenigen Völker, die heute außerstande sind, ihre Arbeitskraft zur Selbsterhaltung und im Interesse aller nutzbar zu machen, in den Stand zu setzen Reprodukte und Fabrikate herauszubringen, d. h. Kaufkraft zu gewinnen und zu erhalten. Notwendig ist danach sowohl die Bereitstellung großer Kapitalien zu Kreditzwecken wie die datatschwachen Länder. Bei der Schaffung einer internationalen Kapital- und Kreditorganisation ist, wie die Denkschrift ausführt, engste Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterschaft notwendig. Die deutsche Arbeiterschaft, die ihre ganze Kraft dafür einsetzt, für alle Zukunft einen Krieg unmöglich zu machen, bietet einer internationalen Kapitalorganisation durch ihre Mitwirkung die sichere Gewähr dafür, daß die bereitgestellten Mittel als sichere Anlagen bewertet werden können. Mit besonderer Energie macht die deutsche Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß der

freie Handel die Stärkung des normalen Warenaustausches nicht beheben kann, sondern daß dazu ein gleichmäßig geleiteter Austausch erforderlich ist.

Der Kardinalerzbischof von Genua

hat gestern mittag dem deutschen Reichskanzler im Edenhotel einen Gegenbesuch abgestattet. Der Reichskanzler hat auch diese Gelegenheit wieder benutzt, dem Kardinalerzbischof seine herzlichsten Wünsche für die Zukunft Deutschlands sowohl im allgemeinen, wie für den Fortgang seiner Sache auf der Konferenz von Genua zum Ausdruck zu bringen.

Die Reparationskommission.

beröffentlicht folgende Erklärung: Die Reparationskommission hat bereits ihren Bescheid bekannt gegeben, einen Sachverständigenausschuß zu bilden, der eine Prüfung vornehmen soll über die Bedingungen, unter denen die deutsche Regierung in der Lage wäre, ihre Verpflichtungen, so wie sie durch den Vertrag von Versailles und besonders durch den Zahlungsplan vom 15. Mai 1921 festgelegt sind, nachzukommen und im Auslande Anleihen aufzunehmen, deren Ergebnis für den teilweisen Rücklauf des Kapitals der Reparationsschuld verwendet würde.

Dieser Ausschuß ist jetzt gebildet und besteht aus folgenden Mitgliedern: Delacroix, Vorsitzender, Biffering, ernannt auf Vorschlag des Vorsitzenden und des deutschen Vertreters, Sir Robert Kimberson, ernannt auf Vorschlag des britischen Delegierten, Serget, ernannt auf Vorschlag des französischen Bevollmächtigten, und Bergmann, von der deutschen Regierung ernannt. Da die Kommission außerdem wünscht, daß sich der Ausschuß auf die Erfahrungen und die Ansichten der Finanzkreise der Vereinigten Staaten stützen könne, hat sie Herrport Morgan ersucht, Mitglied des Ausschusses zu werden. Es ist wahrscheinlich, daß die erste Zusammenkunft des Ausschusses in Paris in den ersten Tagen des Monats Mai stattfindet.

Ein belgischer Arbeiterführer gegen die Rheinlandbesetzung.

Eine belgische Arbeiterdelegation hat bekanntlich kürzlich das besetzte Gebiet und das Ruhrgebiet zu Studienzwecken bereist. Es waren Absolventen der Arbeiterfortbildungsschule Brüssel unter Führung des bekannten Sozialisten Henry de Man. Im Bürgerrecht in Köln hielt de Man in deutscher Sprache eine sehr bemerkenswerte Rede gegen den Friedensvertrag, diesen politischen und wirtschaftlichen Irrtum und gegen die Okkupation der Rheinlande. Wir geben aus seinen Ausführungen noch folgendes wieder:

Es ist nicht der Eindruck der Freude über das Darniederliegen des besetzten Volkes, die uns besetzt. Wer als Vertreter einer Ententemacht nach Deutschland kommt, um sich zu freuen an dem Bild einer verelendeten verkränkten, zerstückelten Nation, könnte sich allerdings freuen. Wir fühlen uns nicht als Vertreter einer siegreichen Macht. Es gibt keine siegreichen Völker. Alle Völker sind durch den Krieg besiegt worden.

Von allen Kriegsfolgen sind die moralischen am schlimmsten. Es ist gefährlich für ein Volk, in einem Krieg zu siegen. Es muß deutsche Sozialisten nach der Revolution manchmal zur Verzweiflung gebracht haben, zu sehen, daß die Arbeiter Frankreichs, Belgiens und Englands nicht dazu übergehen konnten, einen Einfluß auf ihre Regierungen auszuüben, damit Deutschland ein schneller Frieden gewährt werde. Die Macht- und Drogenpolitik, die die Politik des Krieges im Frieden fortsetzen wollte, hat eben Schiffbruch erlitten. Die Reparationspolitik vom Standpunkt der Entente aus, hat Bankrott gemacht. Statistisch ist nachgewiesen, daß nur ein Siebtel der Reparationsleistungen bereits für den Wiederaufbau verwendet worden sind. Wenn man dazu die Aufwandskosten der Ententeländer nimmt, schließt die Rechnung mit einem glatten Defizit.

Das belgische Volk, das zur Sicherung der belgischen Reparation immer soll, ist größer als die gesamte deutsche Reichswehr, und Frankreich hat das größte stehende Heer, das je in der Geschichte aufzuweisen ist. Wenn wir die belgischen Selbstverleugung der Arbeiterdelegationen, die die deutsche Arbeiterschaft hat den Willen beweisen, wieder zumachen, was Deutschland verschuldet hat, aber diese Leistungen müssen begrenzt werden auf den wirklichen Wiederaufbau und das be-

deutet die Streichung von mindestens zwei Drittel der deutschen Schuld. Mindestens zwei Drittel werden für die Bezahlung von Kriegskosten und Pensionen benötigt, die direkte Folgen des Krieges sind und für die jedes Land selbst aufkommen sollte. Ich bin überzeugt, daß die Motive zur Okkupation des linken Rheinufers mit der Leistung von Reparationszahlungen bitter wenig zu tun haben. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß der ganze Spaß viel mehr Kosten verursacht hat, als an Reparation jemals eingebracht werden kann und wird. Wir treten ein für ein sofortiges Ende der Okkupation, für die Beseitigung der Maßnahmen, die sich zusammenfassen lassen in den Worten: Fortführung des Krieges im Frieden. Wir wollen einen wahren Frieden.

Der „Grenzlanddienst“ bemerkt dazu:

„Diese Worten ist nichts hinzuzufügen. Wenn man diesen Willen einer Volksgemeinschaft in Belgien in seiner politischen Ausübungsmöglichkeit auch nicht überschätzen darf, so gestattet doch dieses „Friedensprogramm“ einen leichten Anflug von Hoffnung, daß die Welt einmal wieder zur primitivsten Selbstbestimmung zurückkehren wird. Wenn man die Ansichten de Man's vergleicht mit denen Kanderweldes, die er kürzlich auf der Zusammenkunft der 3. Internationalen zum Ausdruck brachte, dann muß man erkennen, daß de Man vorläufig noch ein weicher Kabe unter den belgischen und anderen ententistischen Sozialisten ist.“

De Man, aus einer alten Amsterdamer Adelsfamilie stammend, ist der Mitbegründer der Schul- und Fortbildungsorganisationen für die sozialistische Arbeiterschaft Belgiens. Dort wirkt er, der sich während des Krieges und nachher von jedem Chauvinismus frei gehalten hatte, und jetzt wie immer jedes Ministerpostensfeind und Abgeordnetenmandat ablehnt, im Sinne dieses Friedensprogrammes. Und aus diesen Schulen geht der Nachwuchs der Führer der sozialistischen Arbeiterorganisationen hervor. Das aber ist eine Hoffnung für uns.“

Ministerkonferenz in Würzburg.

Am 28. und 29. April findet, wie die Blätter melden, in Würzburg unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Gernig eine Konferenz der Finanzminister und der Innenminister der deutschen Länder statt, die sich mit dem Entwurf einer Novelle zum Landessteuergesetz befassen wird. Diese Novelle soll die Abgrenzung der steuerlichen Zuständigkeiten und die sonstigen finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden neu regeln. Als Tagesordnung ist deshalb für die Konferenz vorgeschrieben: zunächst die Abgrenzung der Zuständigkeiten und die Beteiligung der Länder und Gemeinden an dem Aufkommen der Reichssteuern und dann die Feststellung von Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an die Länder und Gemeinden aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter.

Otto Hué f.

Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Otto Hué ist im Offener städtischen Krankenhaus an Lungenerkrankung gestorben.

Otto Hué wurde am 2. November 1868 in Görde (Westfalen) als Sohn eines Süttenarbeiters geboren. Nach dem Volksschulbesuch lernte er Schlosser und arbeitete als solcher in verschiedenen rheinisch-westfälischen Berg- und Hüttenwerken, u. a. auch bei der Firma Krupp in Essen. Als Handwerksbursche bereiste er Deutschland. Der Arbeiterbewegung trat er nahe, nicht sofort als Sozialdemokrat, sondern als Mitglied eines evangelischen Jünglingsvereins. Später schloß er sich dem zu den freien Gewerkschaften gehörenden Metallarbeiterverband an und ging von da aus zum Verband der Berg- und Hüttenarbeiter über, dessen Verbandsorgan „Die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ er 1894—1895 redigierte. Seit Hués Abtritt zum Bergarbeiterverband datiert seine ausschließliche Beschäftigung mit Bergarbeiterfragen. Er war bald einer der besten Kenner aller Fragen des Bergarbeiterstandes wie der bergbauähnlichen Fragen überhaupt. Im Reichstag war er fast immer der alleinige Wortführer der sozialdemokratischen Fraktion bei der Beratung sozialpolitischer Maßnahmen für Bergwerks- und Hüttenbetriebe. An dem internationalen Zusammenfluß der Bergarbeiter hat Hué großen Anteil; die internationalen Bergarbeiterkongresse, auf deren Einem er selbst, übertragen ihm auch meist die wichtigsten Referate. In einem zweibändigen Werk: „Die Bergarbeiter“, historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, gibt er die ausführlichste Geschichte der Arbeiterverhältnisse im Bergbau, die bisher existiert. Dem Reichstag

Friedrich Dückle: Das Kulturproblem der Französischen Revolution.

II. Teil.

Die Finanzkrise löst die gewaltige Bewegung der Französischen Revolution vom Jahre 1789 aus. Aber, ein Bürgerlicher, soll dem in der elendesten Schuldenwirtschaft stehenden Feudalstaat aus dem Sumpf herausgeholfen. Die Einberufung der Generalkonvention entfesselt die gewaltigen Gegenkräfte. Die Bourgeoisie, der sogenannte 3. Stand, vom Glauben an die Größe seiner Aufgabe durchdrungen, geht seine eigene Wege und konstituiert sich als Nationalversammlung. Hinter ihr steht gleichsam als der Auftrieb die Masse des Volkes. Es beginnt das „unheimliche Kräftepiel der gewaltigen Revolution“. Zwei ökonomische Prinzipien liegen im Kampf miteinander: Die auf dem Feudalismus aufgedachte und die auf dem industriellen Eigentum sich aufbauende Gesellschaft. Aber nicht lediglich egoistische Interessen geben diesem Kampf die Signatur; will die Bourgeoisie nicht die Befreiung des ganzen Volkes? wird sie nicht von der großen Erwartung emporgetragen, daß das freie Spiel der Kräfte im ökonomischen Alle aus der Anekdote herauszuweisen und sie einer Ordnung zuführen wird, wo das Ideal der Humanität verwirklicht ist? Das ökonomische Rechtstreben und der hehre Gedanke der Erlösung halten sich wenigstens im ersten Jahr der Revolution, der „heroischen Epoche der Bourgeoisie“ die Wage. Aber der Verlauf der Bewegung führt die Bourgeoisie in einen tragischen Konflikt hinein. Sie gerät sehr bald nach 2 Seiten in Kampfstellung. Die Gegenrevolution bleibt nicht untätig, besonders im südlichen Frankreich, die Massen sind von der durch die Bourgeoisie geschaffenen Ordnung nicht befriedigt, sie konnte auch nicht befriedigen, abgesehen davon, daß die wirtschaftlichen Interessensunterschiede die edlen Wallungen einer Menschheitsbeglückung mehr und mehr verschüttet haben. So erlöst die Bourgeoisie zur Abwehr Gehebe, um den revolutionären Willen der Massen niederzuhalten, der ihre kaum erstandene Gesellschaftsordnung bedrohte. So tut sich eine tiefe Kluft zwischen ihr und den Volksmassen auf.

Die Bauern, sagt Dückle, haben der Revolution erst die gewaltige Durchdringung gegeben. Sie haben den Feudalismus in rasender Wut niedergeworfen. Und gerade die

nur halbe Arbeit machende Gesetzgebung der Bourgeoisie, die das Privateigentum für heilig erklärte, hat die Bauern Jahre hindurch in revolutionärer Bewegung erhalten. Sie wollten den ihnen verhaßten Feudalismus mit der Wurzel ausrotten. Das Verlangen der Bourgeoisie gegenüber den Massen in Stadt und Land, das frivole Gegenpiel der in schönen Phrasen schwimmenden Gegenrevolution, der Jubel der Royalisten beim Ausbruch des Krieges mit den reaktionären Mächten Preußen und Österreich, den sie als Werkzeug ansahen, um die alten Zustände wieder herbeizuführen, der Gegenangriff einer in appropinquem Reichum lebenden kleineren Schicht von Besitzenden, auch von Baderen und Schiebern, die Krieg und Revolution an die Oberfläche gebracht hatten, und einer großen Masse von Hungernden und von der Not Gepeinigten — dies führt zum Sturz der Bourgeoisie und zur Aufrichtung der Herrschaft des Kleinbürgertums. Die das liberale Bürgerrecht vertretenden Girondisten gehen ihrer Macht verlustig; die Bergpartei tritt ihre geschichtliche Rolle im Moment an, dem gewaltigsten sozialen Experiment, das die Geschichte neben der russischen Revolution unserer Tage gesehen hat. Das revolutionäre Organ ist der Jakobinerklub, der auch den republikanischen Gedanken zum Sieg geführt hat. Die Volksbewegungen werden von Marat, Danton und Robespierre geleitet. Diese drei Männer, die Dalmeider der Volksmeinung, sind vom Verfasser meisterhaft gezeichnet. Er hat sich liebevoll in ihre Seele versenkt und von da aus die Grundkräfte ihrer Handlungen bloßgelegt — nicht als rohe Blutmenschen, die gleichsam vom Teufel besessen sind, sondern als reine Menschen, die vom Ideal der Humanität begeistert sind, beschwingt vom Glauben, die Masse in die Herrschaft einzuführen, auf daß ein neues harmonisches Gebilde entstehe. Sie sind dem rohen Treiben der Masse nicht ohne weiteres gefolgt, haben vielmehr die Führung derselben übernommen. Marat ist Idealist, der „eine glühende Seele dem ferne von aller Geistesfreiheit und Würdigkeit lebenden Volke einhauchen möchte“. Er fühlt sich als der Schutzherr der Armen und Unterdrückten. Er will den sozialen Frieden herbeiführen, indem er die Besitzunterschiede auslöscht in dem Sinne, daß nicht mehr auf Kosten von Millionen der Reichum sich breitet macht.“

Aber dieser Radikalismus hat so wenig wie derjenige von Danton und Robespierre etwas mit Sozialismus zu tun. Er denkt vornehmlich an die durch das sich Bahn brechende Industriegebiet wirtschaftlich und kulturell entwurzelten Handwerker, die er einem der Vergangenen angehö-

renden Wirtschaftssystem zuführen will. Danton ist der Wortführer der Intellektuellen, deren Programm mit dem der liberalen Bourgeoisie harmonisiert. „Sie leben dem Geist des Individualismus, dem die Persönlichkeit ein Heiligtum ist, während die Gesellschaft sich zu einem Schattenwesen verpflichtet“. Aber sie, die als arme Schänder kein Wahlrecht haben, betrachten sich als die Verworfenen, denen der Aufstieg versagt ist — so kämpfen sie in lebensschaffender Entrüstung den Kampf an der Seite des Volkes. „Der glühende Atem des Konvents aber ist Robespierre“. Er will trotz dem Chaos eine Ordnung bringen, in der der Kleinbürger den Kern bildet. Er kämpft für die soziale Demokratie. Er ist im Grunde seiner Seele kein Wüterich noch der Bluthund, wie es oft dargestellt worden ist. Der Geist der Humanität leitet ihn, ihm will er auch die Massen zuführen. Er liebt das Volk mit ganzer Seele, hoht von ganzer Seele die Reaktion. Wacke nennt ihn einen Fanatiker, den die Idee wie eine magische Gewalt bannete. Um sein Staatsideal zu verwirklichen, saß er alle Kräfte in einem einheitlichen Willen zusammen, der sich schließlich in seiner Person verkörperte. Der Fanatiker mit der reinen Seele hat die Widerstände mit wildem Fanatismus niedergelämpft, soll sein Werk gelingen. Es ist die Zeit der Errors, die mit den Einrichtungen des Wohlstands- und Sicherheitsausschusses, des Revolutionstribunals mit der „gefährlichen“ Guillotine sich an seinen Namen knüpft. Aber dieser blinde Fanatismus erzeugt den Fanatismus der Gegenwirkung. Und als schließlich kommunistisch gefärbte Volksbewegungen, denen er feindlich gesinnt ist, aus der Tiefe des brodelnden Kessels an die Oberfläche getrieben werden, gerät er in eine Wille — „und die ihn umschlingenden Kräfte zogen ihn in die Tiefe“. Diese sozialistisch angehauchten Volksbewegungen entstammen der Kleinbürgerlichen Atmosphäre, ob sie in der Stadt oder auf dem Lande entstehen.

Nach Robespierre tritt die Bourgeoisie die Herrschaft wieder an. Aber der Liberalismus dieser Bourgeoisie war der hohen Stimmung des Jahres 1789 rasch verlustig gegangen. „Er stellte sein Leben auf den Profit ein.“ Er entbinde keine neue Kulturidee, er ist gekennzeichnet durch den Geist der Zivilisation. Und der rasch erstarkende Katholizismus hat nicht mehr die Kraft aufgebracht, diesen Geist der Zivilisation abzuhalten. Wacke versucht noch einmal, die revolutionäre Leidenschaft zu entfesseln mit der Forderung, daß an eine soziale Befreiung nicht zu denken sei, solange das Privateigent-

* Friedrich Dückle: Das Kulturproblem der Französischen Revolution I. und II. Teil. Verlag Vögtel in Jena.

gehörte Gude von 1903-1912 als Vertreter des Wahlkreises Hoch- und Niederrhein an. Bei den Wahlen 1912 unterlag er dem von den Nationalliberalen aufgestellten und in der Stichwahl vom Zentrum unterstützten Abgeordneten Hedmann. 1913-1918 war er im Preussischen Abgeordnetenhaus als Vertreter des Wahlbezirks Berlin-Schöneberg. In die Nationalversammlung wurde er vom Wahlkreis Arnberg gewählt.

Schon vor der Revolution amtlich aufgeführt, in das preussische Handelsministerium eintrat, war er dort seit November 1918 als sozialdemokratischer Abgeordneter tätig, trat aber am 1. Dezember 1919 zurück, als durch die Reichsverfassung die bergbauliche Gesetzgebung Reichssache wurde und die Bearbeitung dieser Fragen auf das Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium übergingen, bezw. den Reichswirtschafts- und Reichsforsternrat. Er lehrte in seine leitende Stellung im Bergarbeiterverband zurück und nahm außerdem eine wichtige Stellung im Vorstand des Reichsforsternrats ein.

21. Vollversammlung der Bad. Landwirtschaftskammer.

Die Landwirtschaftskammer trat gestern zu ihrer 21. Vollversammlung zusammen. Ministerialrat Klein teilte zu Beginn der von Vorsitzenden Gebhard geleiteten Sitzung mit, daß der Staatspräsident und der Minister des Innern, die beide von Karlsruhe abwesend seien, den Verhandlungen leider nicht beiwohnen könnten. Die Regierung habe in das Budget bedeutende Mittel für die Förderung der Landwirtschaftskammer, besonders für das landwirtschaftliche Schulwesen, eingestellt. Redner wünscht der Regierung dieses Gedenken.

An Stelle des verstorbenen Mitgliedes der Landwirtschaftskammer Red-Engelstein wird Landwirt Wilhelm Westermann-Wuggensturm einstimmig zum Mitglied der Landwirtschaftskammer gewählt. In den Vorstand wird an Stelle des verstorbenen Herrn Red-Engelstein Verbandsdirektor Schöen einstimmig gewählt. Ferner wird Abg. Schöen als Vertreter der Landwirtschaftskammer in den Bad. Eisenbahnrat gewählt. Zum Delegierten zum Deutschen Landwirtschaftsrat wähle die Kammer für die Periode von 1923/24 an Stelle des Herrn Red den Gutbesitzer Wachs-Winklerhof. Die Wahl zum derzeitigen Geschäftsführer des Bad. Grundbesitzerverbandes als stellvertretendes Mitglied im Landesfiedlungsamt fällt auf Dr. Schenk.

Geb. Oberregierungsrat Salzer-Karlstrübe berichtet über die Prüfung der Rechnung für das Jahr 1920/21, desgleichen Freiherr von und zu Nellingen, der eine Reihe von Ausstellungen vorbringt. Das Vermögen der Landwirtschaftskammer betrug am 31. Dezember 1921 36 842 824 M. Davon gehen ab Bank- und Betriebsschulden im Betrage von 29 943 947 M. Bleibt ein Reingewinn von rund 6 898 876 M. Die Rechnung wird genehmigt und dem Redner Entlastung erteilt.

Abg. Mattes wünscht die Vorlage einer Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Erklärungen über die geschäftliche Tätigkeit der Kammer.

Dr. Müller erklärte sich gern bereit, der Vollversammlung Einnahme- und Verlustrechnung vorzulegen. Ein Verlust von 740 000 M. erwachse der Kammer aus der landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft, die mit einem Defizit abschließe. Einen Verlust hätte die Kammer aus den Stadtschlüssen zu gewärtigen, doch sei es der Kammer gelungen, diesen Verlust abzumildern. Ferner schweben noch einige Prozesse, von denen man aber annehmen könne, daß der Kammer daraus keine Verluste erwachsen. Die Unternehmungen der Kammer seien durchaus gesund und schließen mit Überschüssen ab.

Die Herren Freiherr v. Nellingen und Geb. Oberregierungsrat Salzer werden als Rechnungsprüfer in den Rechnungsprüfungsausschuß gewählt.

Direktor Dr. Müller berichtet über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer im Jahre 1921. Das Jahr 1921 gewinnt dadurch für die Kammer eine besondere Bedeutung, daß es eine 15jährige Tätigkeit der Kammer abschließt. Begründet wurde sie im Jahre 1907. Waren ihre Aufgaben anfangs noch engbegrenzt, so hat sie sich im Laufe der Jahre zu der heutigen weit umspannenden Tätigkeit entwickelt. Redner weist

an Produktionsmitteln gebildet werde. Verrat und die eben wiederhergestellte Ordnung der Bourgeoisie bringen Bedenken nicht zur Ausführung.

Was ist der Sinn dieser mit so großen Verheißungen besetzten französischen Revolution? Läßt man die französische Revolution als ein Ganzes auf sich wirken, so dringt auf uns ein der Lebenswille Westeuropas in seiner ganzen dämonischen Wucht; der Wille zur Macht lodert gewaltig auf und feiert seine Triumphe im der Entsetzung unehörter Energien. Es ist, als ob etwas von der stürmenden Fülle einer Weltgeschichte in die Welt des Einzelnen lebendig geworden wäre. Ein furchtbares Ringen entfaltete sich vor unseren Augen. Da gibt es Zusammenbrüche, auftraufschicht ein losgebundener Wille, der sich erhebt, mit den Riesenkraften, die ihm entzünden, aus den Wäldern eines Chaos einen von Harmonie umflossenen Tempel aufzubauen. ... Nirgends vorher in der Weltgeschichte hat der Wille zur Macht sich mächtiger offenbart als in der französischen Revolution. Doch nicht allein in der rohen Form des Kampfes. Es liegt über der Revolution der Glanz einer ungeheuren Offenbarung, hier hat die aus dem Mittelalter sich herausringende Zivilisation eine Atmosphäre geschaffen, die gleichsam durchhaucht war vom Frohgefühl des Frühlings, der ein jubelndes Versprechen ist: der Vorboten des Sommers und des die Schemen fallenden Herbstes. Diese Zivilisation, die noch der mittelalterlichen Kultur nahegerückt war, war nach nicht wildes Machtstreben allein wie später im 19. Jahrhundert, sie war nach umflossen von der Begierde eines in messianischer Würde und Weise sich aufredenden Volkes." Prof. F. Funder-Breiten.

Lieber zur Laute. Der bekannte einstimme Lautenspieler Ludwig Egler, der sich in kurzer Zeit durch seine Lieberabend den Ruf eines feinsinnigen Künstler erworben, hat im Musikverlag Fritz Müller-Karlstrübe die neuen Lieder zur Laute erschienen lassen. Es sind einfache Weisen im Volkston unserer besten modernen Lyriker: Böns, Köhly und Giln, zu denen Egler ebenso köstliche Melodien erklingen, mit denen er die im Text angelegenen Stimmungen gut getroffen hat. Sogenannte „Reizer“ sind nicht darunter. Die Lieder sind alle von tiefer Gemütsinnigkeit durchwärmt, auf einen reinen, volkstümlichen, gut deutschen Ton gestimmt, leicht gelehrt und äußerst langbar, was ihrer schnellen Verbreitung fiderlich recht förderlich sein wird. Über einige Vertonungen, wie „Winter“ und „Verloren“, liegt ein feiner melancholischer Hauch. Die schönsten Lieder sind: „Die schönsten Lieder“ wird durch rhythmischen Wechsel belebt, von den Wäldern Lieder zeichnet sich „Die Wespe“ durch medisch-schmelzige Fröhlichkeit aus. So umschließt das schlanke, sehr sauber und gefällig gedruckte Liederheftchen doch ein ganz abwechslungsreiches Programm, das sicherlich bald im Munde vieler Freunde des edlen Lautenspiels sein wird. S. R.-r.

besonders auf die Förderung des Pflanzenbaues und Saatgutes hin. Die Kammer verfüge über 68 Saatbaustellen, in denen auf einer Fläche von 2000 Hektar einwandfreies Saatgut erzeugt werde. Die Kammer arbeite mit der staatl. Saatgutanstalt Hand in Hand. Der Sortenreife wende die Kammer besondere Sorgfalt zu. Die Lehr- und Versuchsgüter im Forstheim, Hattstatt und Dorned sollen die jungen Landwirte erziehen und sie vorbereiten für ihren Beruf. Die Hanf- und Flachswerke spielen eine nicht unbedeutende Rolle zur Erzeugung des Hanf- und Flachbaues. Die Förderung der Tierzucht habe sich die Kammer stets angelegen sein lassen und habe besonders auf dem Gebiete der Ziegen-, Schaf- und Schweinezucht Bedeutendes geleistet. Die Geflügelzucht werde gefördert. Redner wies sodann noch hin auf die Hebung des Obst- und Weinbaues, Wuchsführungskurse, Steuerbelehren, Haft- und Lebensversicherung, die von Jahr zu Jahr mehr ihre bedeutenden Aufgaben erfüllen. Die Vermögensanlage der Kammer habe sich bedeutend gebessert. Außer einem bedeutenden Reingewinn fänden große Rücklagen und ein nicht unbedeutender Grundbesitz zur Verfügung. Außerdem besitze die Kammer 7 Häuser. Die Kammer könne mit Verriedigung auf ihre 15jährige Tätigkeit zurückblicken.

Der Vorsitzende teilt mit, daß nach einer Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft Offenburg, Reine der Kammer, die in Offenburg vertrieben werden sollten, von der dortigen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurden und Strafamt wegen Preisverbreitung gestellt werde.

Freiherr von Nellingen wendet sich gegen die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle und erucht die Regierung um Aufklärung.

Direktor Dr. Müller berichtet sodann über die Aufstellung des Voranschlags, der mit einem Defizit von 1 622 700 M. schließt. Die Einnahmen würden sich erhöhen, vorausgesetzt, daß eine Umlage von 1,20 M. bei 1000 M. Steuerkapital vereinbart werde. Der Staatszuschuß betrage 1 Million M. In der Einzelberatung beantragt Dr. Mattes, daß der Staatszuschuß entsprechend dem Defizit erhöht werde.

Herr Bürgermeister Maier verlangt, daß größere Summen für die Förderung des Obstbaues in den Voranschlag eingestellt werden.

Staatsrat Weichaupt unterstützt diese Forderung und bedauert, daß das Weinbauinstitut von den Reichsbauern nicht besser unterstützt werde.

Abg. Hugin will eine Zusammenlegung der Obst- und Weinbauschule. Es müßten Qualitätsweine gebaut werden, die den Auslandsweinen Konkurrenz bieten könnten.

Von Regierungsseite wird dem Redner gegenüber betont, daß von einer bedenklichen Verletzung des badischen Weingeländes überhaupt nicht gesprochen werden könnte. Es würden etwa 10-12 Hektar in Baden feilgekauft.

Gegen 2 Uhr trat die Kammer in eine Mittagspause ein. Am Nachmittag wurden die Verhandlungen mit der Einzelberatung des Voranschlags fortgesetzt.

Der Antrag des Ausschusses geht dahin, zur Ausgleichung der ungedeckten Ausgaben von 1 226 700 M. die Umlage für das Rechnungsjahr 1922 bis 1923 auf 2 M. der geschäftlichen Steuerwertes festzusetzen und den Umlagebetrag auf 5 410 000 M. zu erhöhen.

Direktor Nengenheiter lehnt die Verantwortung für eine Umlagerhöhung ab.

Abg. Maier schlägt vor, die Abstimmung morgen vorzunehmen.

Staatsrat Weichaupt betont, daß er auf neutralem Boden stehe und daher wünsche, daß ein Weg gefunden werden möchte, auf dem die Gegensätze ausgeglichen werden könnten. Redner behauptet die Angriffe, die im Landtage gegen die Kammer erhoben wurden; sie hätten dem Ansehen der Kammer sehr geschadet. Es würde die Zeit kommen, wo die verschiedenen Richtungen sich zu einer wirtschaftlichen Vereinigung zusammenschließen. Die Gegenstelle solle doch Gegenentwürfe machen. Im übrigen glaube auch er, daß es das Beste sei, die Abstimmung über die Umlage auf morgen zu verschieben.

Mitglied Wachs fragt die Abg. Nengenheiter und Genossen, ob sie überhaupt eine Umlage ablehnen, oder ob sie nur die vorgeschlagene Umlage ablehnen.

Bürgermeister Rehmann hält es für falsch, zuerst den Voranschlag zu beraten und dann die Umlage abzulehnen. Wir werden nicht darum kommen, die Umlage zu erhöhen.

Herr Bärmann fragt, wie Herr Nengenheiter dazu kommt, die Verantwortung für die Umlage abzulehnen, nachdem er sämtlichen Positionen zugestimmt hätte.

Direktor Nengenheiter lehnt die Vorwürfe der Redner ab.

Abg. Hugin will die Ausgaben aus den laufenden Mitteln der Kammer gedeckt wissen. Die Abstimmung sollte schon heute vorgenommen werden.

Abg. Dr. Mattes will einen Weg des Ausgleichs und schlägt einen Umlagefuß von 1,80 M. vor.

Bürgermeister Weichaupt: Wir sind mit der anderen Seite auf einen Umlagefuß von 1,70 M. übereingekommen unter der Voraussetzung, daß, wenn sich ein Defizit ergeben sollte, dieses genehmigt würde.

Abg. Dr. Mattes stimmt diesem Vorschlag zu. Auch der Abg. Bierneisel stimmt diesem Umlagefuß zu. Bürgermeister Rehmann betont, daß die Kammer die Verantwortung gemeinschaftlich tragen müsse.

Direktor Nengenheiter stimmt dem Kompromißantrag Weichaupt zu.

Graf Douglas hält den Umlagefuß von 1,70 M. zu gering. Doch will Redner, um den Preis der Einigkeit der Kammer diesem Umlagefuß zustimmen.

Präsident Gebhard betont, daß die Bauten in Hattstatt eine Überschreitung von ca. 800 000 M. bringen dürften.

Direktor Dr. Müller warnt vor der Bewilligung eines Umlagefußes von 1,70 M.; denn damit würde die Kammer sofort in eine Defizitwirtschaft eintreten.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag auf einen Umlagefuß von 1,70 M. mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Direktor Dr. Müller: Um den Etat zu bilanzieren, muß die Kammer unter diesen Umständen die Einnahmen um 470 000 M. erhöhen. Die Kammer stimmt dem zu.

Gutsbesitzer Wachs berichtet über die Beteiligung der Landwirtschaftskammer bei der Gründung der Hauptstelle der deutschen Landwirtschaft, G. m. b. H. Die Kammer beschließt die Beteiligung mit einer Summe von 15 000 M. vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung.

Graf Douglas referiert über Grundstücks-An- und Verkäufe. Der Antrag, daß dem Vorstand die Genehmigung zum Ankauf von Gütern bis zum Betrage von 100 000 M. gewährt werde, wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Reueffekung der Entschädigung der Mitglieder der Landwirtschaftskammer. Darnach erhalten 10 Mitglieder, die in Karlsruhe wohnen, ab 18. April 120 M. Tagegeld, außerhalb Karlsruhe wohnende Mitglieder 160 M., außerhalb Badens 200 M.

Über Herstellung von Bauten auf dem Versuch- und Lehrgut Hattstatt macht Graf Douglas eine Reihe von Mitteln. Er berichtet sodann über die Schaffung einer Wirtschaftsprüfungskommission, die der Kammer angegliedert werden soll. Der Vorstand glaubt, daß eine solche Stelle für die Landwirtschaft von allergrößtem Werte ist. Die Mittel (30 000 M.) sind bereits bewilligt. Nun ist die Frage: Wie soll die Stelle ausgefüllt werden?

Nach die nachfolgenden Redner sprechen sämtlich für die Einrichtung einer solchen Wirtschaftsprüfungskommission.

Graf Douglas konstatiert dies mit Befriedigung in seinem Schlusswort und bittet, den Antrag des Vorstandes auf Einrichtung einer solchen Stelle anzunehmen. Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Um 7 Uhr vertagt sich die Kammer auf heute vormittag 3/9 Uhr.

Badische Uebersicht.

Die Edelmetall- u. Schmuckwarenindustrie in Baden.

Eine der bedeutendsten und bekanntesten Metallindustrien des Landes ist die Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie. Der Sitz fast der ganzen Industrie, die ihrem Wesen nach Luxusindustrie ist und deren Hauptabgabebereich das Ausland bildet, ist die nahe der württembergischen Grenze gelegene „Goldstadt“ Forzheim, welche durch die Erzeugnisse dieser Industrie Weltruf erlangt hat.

In der letzten Vorkriegszeit zählte die Schmuckwarenindustrie in Baden unter Einschluß der zugehörigen Silbindustrie nach den Ermittlungen des statistischen Landesamts alles in allem etwa 600 Betriebe, heute sind es deren 800 bis 900. Fast man nun die größeren Betriebe mit je 10 und mehr Arbeitern ins Auge, so setzt sich die gesamte Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie des Landes aus insgesamt über 500 (513) Fabrikbetrieben mit nahezu 29 000 Arbeitern und Arbeiterinnen zusammen. Die nicht in der Stadt Forzheim gelegenen Betriebe sind meistens Zweiggeschäfte von Forzheimer Firmen. Der fabrikmäßige Kleinbetrieb herrscht in dieser Industrie vor; 461 Betriebe oder 90,4 v. H. sind Klein- und Mittelbetriebe mit bis zu 100 Arbeitern. Die vier größten Betriebe beschäftigten zu Anfang des Jahres 1921 rund 1700 bzw. 1400, 1000 u. 800 Arbeiter; es folgen als nächstgrößte Betriebe dann noch solche mit 466, 427, 392, 334 und 302 Arbeitern. Gegenüber 1912 hat die Zahl der Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern um 68 und die der darin beschäftigten Arbeiter um rund 5000 zugenommen.

Von den zurzeit vorhandenen Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern sind 29 in der Zeit von 1914-1918 und 61 in der Zeit nach 1918 entstanden.

Die durch die hochgradige maschinelle Arbeitsteilung bis ins Feinste spezialisierte und spezialisierte, sowie durch die Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit ihrer Erzeugnisse ausgezeichnete Industrie verdankt ihren Aufschwung und ihre Bedeutung dem Umstande, daß sie sich nicht auf die Herstellung hochwertiger Schmuckwaren beschränkt, sondern frühzeitig schon zur fabrikmäßigen Anfertigung von billigen Massenartikeln überging.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. St. Peter, 19. April. Am Samstag fand ein Waldarbeiter im hiesigen Gemeindefeld einen Schuß, in dem ein Strumpf mit einem vermoderten Fuß steckte. Beim Nachsuchen fand er u. a. einen Kopf und den zerrissenen und zerfressenen Rumpf eines Erhängten. Die Persönlichkeit des Lebensmüden konnte nicht festgestellt werden; außer einer Uhr, einem Geldbeutel mit einigen Mark und einer Brotkarte aus dem Jahre 1920 war nichts zu finden. Die näheren Nachforschungen haben ergeben, daß es sich um den 56jährigen Franz Balser aus Staufen handelt, der als Schwarzschilder bekannt war.

DZ. Offenburg, 19. April. Die „Offenburger Zeitung“ erzählt, daß der Schutterwalder Raubmörder und Brandstifter Heuberger in Straßburg auf Grund des gegen ihn erlassenen Exekutorbeschlusses von einem französischen Soldaten erkannt wurde. Er soll sich auf einem Transport zur Fremdenlegation befinden. Der Soldat hat der Behörde in Rehl von seiner Wahrnehmung Mitteilung gemacht und diese wiederum der Offenburgischen Staatsanwaltschaft, welche aber aus eigenen Machtbefugnissen nichts unternehmen kann, sondern die Hilfe des Justizministeriums in Anspruch nehmen muß, was bereits geschehen sein soll.

Aus der Landeshauptstadt.

sch. Kolosseum. Vom 16. ab hat das Gastspiel von Sandbichlers Bauerntheater ein neues Programm aufgestellt, das mit dem „Muffantenmädel“ oder „brave Lumpen“ seinen Anfang nahm. Dienstag und Mittwoch wurde die Bauernkomödie in 3 Akten „Die Kreuzschreiber“ von Ludwig Angenruber gegeben. Die Hauptrollen spielten Direktor Sandbichler als Bauer vom Gelben Hof und Benno Dietreiter als Steinlopperhans in gewandter, dem Leben abgelaufener Darstellung. Aber auch die andern Mitwirkenden waren mit Erfolg bemüht, die Wirkung des Stückes zu sichern. Die Musik einlagen des Musikleiterzets Hans Dengel, Hans Gofritzer und Franz Hauke fanden wieder verdienten Beifall. Der Versuch ist allabendlich ein sehr guter. Am Donnerstag, Freitag und Samstag gehen die „Kaffionspieler von Oberammergau“ in Szene. Auch für den Monat Mai ist eine Fortsetzung des Gastspiels vorgesehen, wohl der beste Beweis, daß die Gäste nachwievor stärkste Anziehungskraft ausüben.

Staatsanzeiger.

Die Entrichtung der Luxussteuer und der erhöhten Umsatzsteuer durch Privatpersonen betr.

Auf Grund des § 184 Absatz 3 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 (Centralblatt für das deutsche Reich 1920 Seite 937) wird angeordnet: Vom 1. Juli d. J. an muß im Bezirk des Landesfinanzamts Karlsruhe die Luxussteuer beim Verkauf von bestimmten Luxusgegenständen aus privater Hand nach § 23 Absatz 1 Nr. 3 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 (Reichsgesetzblatt 1919 Seite 2157) und

die erhöhte Umsatzsteuer bei Übernahme von Anzeigen und bei Vermietung von eingerichteten Schlaf- und Wohnräumen zu vorübergehendem Aufenthalt durch Privatpersonen nach § 25 Absatz 1 Nr. 1 und 2 und Absatz 2 des genannten Gesetzes

durch Zahlung an das für den Lieferer (Verkäufer) des Luxusgegenstandes oder den Übernehmer der Anzeige oder den Vermieter der Räume zuständige Finanzamt entrichtet werden. Die in dem § 184 Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz neben der Barzahlung vorgegebene Verweisung zum Umsatzsteueramt ist von dem genannten Zeitpunkt an nicht mehr zugelassen.

Karlsruhe, den 12. April 1922.
Landesfinanzamt.
Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.
Dr. Gutmann.

Ich habe die klinische Leitung des
Sanatoriums Kurhaus, Herrenalb
 übernommen.
Dr. Rüppel
 langjähriger Assistent an den Universitätskliniken
 Göttingen und Bonn.
 A. 204 Geh. Rat Prof. Dr. Hirsch.

Gebrauchtes Klavier
 zu kaufen gesucht.
 Angebote an A. 188
Dr. Robert, Kappelrodt.

Freitag, den 21. April 1922.
Landestheater. 7-9 Uhr. 40 Mk.
 Abonnement D 1
 Th.-Gem. B.V.B.
 Nr. 1401-1600.
Tiefeland.
Konzerthaus. 7-10 Uhr.
Volksbühne L. 4
Kater Lampe.

Das Bad. Forstamt Stau-
 fen II in Staufen verkauft
 freihändig aus den Un-
 termünsterfächer "Domä-
 nenwaldstücken" "Hoden-
 brunn" und "Paffen-
 bach" 638 Radelstämme u.
 Abschnitte mit 324 Festm.
 in 2 Losen, 111 Rothbu-
 chenstämme mit 60 Festm.
 in 1 Los, 59 Eichenstämme
 mit 24 Festm. in 1 Los.
 Losverzeichnis und Aus-
 kunft durch das Forstamt.
 Schriftliche Angebote auf
 ganze Lose für Radelholz
 in Prozenten der Landes-
 grundpreise, für Laubholz
 auf 1 Festm. der einzel-
 nen Klassen werden bis

spätestens 29. April vom
 Forstamt angenommen.
Holzholzersteigerung
 Staats Forstamt Wei-
 ßberg versteigert am
 Donnerstag, den 4. Mai
 1922, vorm. 10 Uhr, im
 Saal der alten Brauerei
 Kleinlein, Hauptstr. 115,
 aus dem "Cameralwald"
 bei Biegelhausen: Eichen
 7 I., 12 III., 84 IV.-VI.,
 Buchen 2 II., 80 III., 149
 IV.-V., Kirschbäume 8
 II.-V., Birken 8 V.-VI.,
 Nichtenstämme 8 III., 352
 IV.-VI., Abschnitte 15 I.,
 62 II., III., Rärchen-
 stämme 64 II., III., 273
 IV.-VI., Abschnitte 4 I.,
 III., Forstenabschnitte 102
 I.-III., Strobenabschnitte

11 II., III. Derbstangen:
 Eichen 17, Rärchen I. 70,
 Fichten I.-III. 295 Stüd.
 Im Anschluß versteigert
 die Gemeinde Rohrbach
 6. 8. aus ihrem Gemein-
 demwald, frühestens 1 Uhr
 beginnend: Eichen 16 I.,
 II., 52 III., 57 IV.-
 V., Buchen 20 I.-IV.,
 Erlen 9, Birken 24, Ahorn
 8, Hainbuchen 19 IV.-
 VI., Nichtenstämme 18 I.,
 613 III., 33 IV.-VI., Ab-
 schnitte 8 I., II. R. 948
 Auszüge für sämtliches
 Holz durch das staatliche
 Forstamt zu 8 Mk. je Stüd.
Bekanntmachung.
 Mit Wirkung vom 1.
 Mai 1922 treten im Ver-
 sehnverkehr Tarifverhö-

lungen in Kraft. Auskunft
 erteilen die Dienststellen.
 Badenweiler, A. 202
 den 21. April 1922.
 Betriebsleitung der Müll-
 heim-Badenweiler Eisen-
 bahn Aktiengesellschaft.
Sadisch-Pfälzischer
Güterverkehr.
 Der angefügte neue
 badisch-pfälzische Gütertarif
 ist erschienen und zum
 Preise von 7 Mk. durch die
 Dienststellen zu beziehen.
 Der bisherige badisch-
 pfälzische Gütertarif bleibt
 für gewisse Stationsver-
 bindungen vorläufig noch
 bestehen. Das Nähere
 hierwegen ist aus unserm
 Tarifanzeiger zu ersehen.
 Karlsruhe, 12. April 1922.
 Eisenbahngeneraldirektion.

Auslösung der Schuldverschreibungen der Anleihen der Stadt Freiburg i. Br.

Die Anleihen der Stadt Freiburg im Breisgau von den Jahren
 1881, 1884, 1888, 1890, 1894, 1898, 1900, 1903, 1907 u. 1914 betr.
 Bei der am 6. April 1922 vorgenommenen öffentlichen Aus-
 lösung der im Jahre 1922 planmäßig zur Heimzahlung ge-
 langenen Schuldverschreibungen wurden die unten aufgeführten
 Stücke gezogen.

Die mit fetter Schrift gedruckten und eingeklammerten Nummern
 betreffen Schuldverschreibungen, welche schon in früheren Ver-
 losungen zur Heimzahlung gekündigt, aber bis jetzt noch nicht
 eingelöst worden sind.

Anleihen 1881. Heimzahlbar auf 1. Oktober 1922.

St. A 27 Stück zu 2000 Mk.
 98, 144, 145, 165, 177, 228, 251, 273, 308, 317, 321, 323,
 347, 383, 385, (391), 407, 422, 444, 466, 482, 490, 495, 529,
 531, 579, 583, 590.

St. B 39 Stück zu 1000 Mk.
 15, 31, 63, 69, 85, 92, 107, 114, (118), 121, 140, 153, 171,
 175, 243, 268, 281, 287, (298), 330, 365, (372), 459, 490, 499,
 490, 495, 509, 542, (543), 556, (575), 584, 618, (638), 642,
 (671), 675, (692), (695), 779, 782, 815, (833), 853, 864, 865,
 895, 896.

St. C 28 Stück zu 500 Mk.
 9, (12), (18), (19), 22, 43, 64, 123, 162, 223, 269, 300, 306,
 310, 328, 354, 363, 365, (390), 400, 437, 432, 457, 477, 486,
 499, 513, 567, 549, 559, 575, 579.

St. D 18 Stück zu 200 Mk.
 8, 16, 17, 33, 79, 102, (112), 121, 161, 197, 217, 243, (267),
 285, 301, 330, 357, 383, (402), 417, (447), 468.

Anleihen 1884. Heimzahlbar auf 1. Dezember 1922.

St. A 7 Stück zu 2000 Mk.
 22, 23, 39, 52, 97, 100, 116, (129).

St. B 46 Stück zu 1000 Mk.
 3, 16, 57 (92), 136, (152), 173, 181, 204, 220, 251, (257), 261,
 269, 279, 301, (316), (354), 367, 368, 402, 418, 433, 441, 446,
 450, 461, (477), 485, 503, 546, 547, 579, 591, 642, 688, (728),
 754, 784, 787, 789, 856, (869), 885, 925, 947, 1005, 1011, 1028,
 1032, 1068, (1069), 1062, 1101, (1151), (1166), 1187.

St. C 68 Stück zu 500 Mk.
 34, 57, 73, 130, 192, (211), (213), 217, 250, 251, 297, 353,
 (355), (384), 424, 455, 468, 575, 584, 600, 613, 630, 636, 695,
 764, 770, 776, 778, 787, 799, 839, 840, 841, (860), 880, (887),
 (889), 893, 900, 906, 940, 954, 955, 962, 971, 979, 1041, 1055,
 1077, 1123, (1131), 1140, 1212, 1217, 1246, 1263, 1265, 1269,
 1275, 1285, 1317, 1321, 1370, 1382, 1409, 1412, 1428, 1433,
 1448, 1462, 1485, (1495), 1507.

St. D 34 Stück zu 200 Mk.
 8, 63, 66, 111, 112, 124, 128, 139, 166, 176, 188, 217, (287),
 319, (327), 378, 399, 419, 429, 430, (457), 496, 526, 543, 582,
 615, 623, 629, 661, (667), (669), 694, 699, 701, (710), 744,
 745, (767), 772, 780, 788.

Anleihen 1888. Heimzahlbar auf 1. August 1922.

St. A 6 Stück zu 2000 Mk.
 16, 26, 124, 182, 177, 181, (185).

St. B 38 Stück zu 1000 Mk.
 (20), 24, 128, 158, 198, 384, 395, 428, 458, 460, 480, 495, 504,
 538, 571, (583), 586, 605, (615), 631, 648, 722, 749, 755, 778,
 (797), 798, 804, (814), 839, 891, 896, 899, (915), (916), (920),
 (926), (927), 956, (961), (973), (981), 988, 989, (990), 993, (996),
 1005, (1007), (1025), (1028), 1033, (1037), (1104), (1109), (1112),
 1124, (1129), (1130), 1142, 1182, 1189.

St. C 52 Stück zu 500 Mk.
 5, 20, 24, 30, 42, 48, (62), (72), (150), (172), (177), 182, 220,
 249, 253, (289), (295), (297), 319, 378, 393, 546, 548, 564, 587,
 611, 626, 664, 689, (699), 725, 742, 802, 809, 847, (854), 863,
 877, 885, 890, 903, (916), 985, 993, 999, 1002, (1023), 1023,
 1025, (1027), (1082), 1112, 1114, (1175), 1185, 1186, 1195, 1208,
 1226, (1243), (1263), (1265), (1267), (1268), (1303), 1307, (1312),
 (1338), (1340), (1351), 1355, (1367), (1369), (1371), (1385), 1388,
 1394, (1395), 1404, (1422), (1439), 1445, 1457, 1462.

St. D 28 Stück zu 200 Mk.
 (6), 20, (66), 66, (90), 86, 134, 135, (179), 184, 204, 231, 255,
 (288), (289), 339, 340, 353, (379), (384), (386), (393), (432), (474),
 (481), 484, 509, 516, 527, 538, 545, 552, 576, 587, 613, 617,
 (679), (680), 699, 707, 714, 733, 747.

Anleihen 1890. Heimzahlbar auf 1. Dezember 1922.

St. A 19 Stück zu 2000 Mk.
 34, 117, 150, (152), 178, 179, 211, (234), 251, 262, 317, 361,
 369, 377, (389), 411, 414, (449), (450), 451, (452), 456, (472),
 (480), 493, (499), 504, 562.

St. B 38 Stück zu 1000 Mk.
 31, 48, 86, 95, 114, 142, 161, 262, 284, 287, 294, 302, 308,
 313, 315, 420, 478, (512), (525), (530), (536), 537, 546, 554,
 (558), 600, 612, 624, 642, (645), 694, 742, (849), 850, (858),
 (924), 932, 942, 961, 964, 973, 1026, 1048, 1050, 1083, (1092),
 (1139), 1151, 1192.

St. C 32 Stück zu 500 Mk.

(44), 165, 181, 213, (226), 242, 265, (282), 296, (319), 348, 365,
 372, 390, 392, 413, 420, 428, (435), (454), 470, 486, 492, 603,
 512, (526), (539), (574), (584), 586, 591, 618, 653, 662, 700, 703,
 (734), 746, 748, 764, 771, 801, (831), (880), (881), (883), (892),
 (908), (916), (924), (925), (943), (963), 968, (974), (998).

St. D 14 Stück zu 200 Mk.

(1), 23, (51), 53, 67, 87, (104), 129, (214), 227, 242, (301), 314,
 354, (362), 405, 417, (430), (431), 440, (443), 445, 480, (491)
 (498).

Anleihen 1894. Heimzahlbar auf 1. November 1922.

St. A 16 Stück zu 2000 Mk.

36, 40, 41, 60, 97, 98, 106, 148, (152), 176, 222, 349, (376),
 425, 510, 539, 581, 598.

St. B 32 Stück zu 1000 Mk.

176, 264, 287, 295, 405, 432, 434, 449, 475, 501, 537, 579,
 (594), 597, (677), 745, 774, 829, 871, 891, 936, 972, 974, 981,
 995, 1043, 1083, 1094, 1128, 1140, 1147, 1154, 1163, 1169.

St. C 26 Stück zu 500 Mk.

46, 90, (95), 115, 129, 289, 304, 327, 359, 382, 384, 447, 546,
 (557), 590, 614, 646, 684, (690), 768, 777, 790, 796, 824, 827,
 (848), (849), (868), 900, 962, 967, 972.

St. D 14 Stück zu 200 Mk.

10, 39, 50, 58, 121, 135, 137, 165, 175, 189, 277, 288, 349,
 401, (419), (494).

Anleihen 1898. Heimzahlbar auf 1. Oktober 1922.

St. A 18 Stück zu 2000 Mk.

3, 34, 49, 69, 91, 109, (161), (162), 238, 262, 268, 335, 437,
 493, 599.

St. B 27 Stück zu 1000 Mk.

52, 88, 117, 187, 223, (231), 256, (317), (327), 329, (396), 397,
 413, (431), 470, 529, (533), 550, 582, 618, 626, 661, 725, 826,
 829, 882, 897, 970, 1050, 1111, 1114, 1159, 1193.

St. C 22 Stück zu 500 Mk.

(6), (60), 117, 165, 173, 174, (178), (191), (196), (215), 217, 263,
 282, (293), 316, 325, 377, 384, (464), (468), 487, 524, 564, 621,
 629, 664, (674), (721), 754, 845, 916 (931), 945, 999.

St. D 16 Stück zu 200 Mk.

3, 71, 99, 100, 105, 112, (131), 148, 160, 199, 227, 229, 236,
 (241), 259, 283, 368, 431.

Anleihen 1900. Heimzahlbar auf 1. Oktober 1922.

St. A 27 Stück zu 2000 Mk.

40, 276, 283, 309, 365, (402), 466, (529), (665), 741, (774),
 (779), 812, 832, 834, (1031), 1082, 1122, 1207, 1333, 1416,
 1535, 1688, 1863, 2068, 2072, 2076, 2113, (2189), 2212, (2218),
 2313, 2340, 2348, 2391, (2397).

St. B 37 Stück zu 1000 Mk.

(29), 36, 44, (48), (76), 167, (255), 259, 260, 272, (277), 284,
 (306), (307), 355, (441), 559, (620), (661), 751, 785, (857), 1013,
 (1088), 1190, 1274, 1315, 1336, 1373, 1516, (1711), 1729, 1732,
 1780, (1911), (1934), 1953, 2073, 2088, (2435), 2615, 2617, 2665,
 2725, 2880, (2930), (3018), 3112, 3249, 3276, 3282, 3493,
 (3421), 3441, 3669, 3789, (3941).

St. C 18 Stück zu 500 Mk.

(45), 86, 152, 225, (236), 321, (383), (420), 562, 572, (654), 659,
 (695), (791), (794), 796, (812), (835), (878), (902), (918), 919,
 925, (944), (979), (1010), (1014), 1163, 1166, 1239, (1262), 1299,
 1300, 1301, (1326), 1484, (1492), 1555.

St. D 6 Stück zu 200 Mk.

5, (44), 242, (325), (345), (360), 381, 401, (577), (642), 887, 924.

Anleihen 1903. Heimzahlbar auf 1. November 1922.

St. A 48 Stück zu 2000 Mk.

131, 166, (239), 239, 275, 299, 322, (346), 394, 502, 628, 742,
 758, 760, (906), 934, 942, 952, 1028, 1140, 1144, 1162, 1188,
 1219, 1307, 1322, 1324, 1362, (1396), 1437, 1450, 1473, 1545,
 1642, 1676, 1763, 1836, 1859, (1949), 1984, 2075, 2095, 2096,
 (2141), 2341, 2347, (2368), 2434, (2437), 2511, 2627, 2674, 2610,
 2812, 2861, 2937.

St. B 49 Stück zu 1000 Mk.

(5), 15, 65, 67, 104, 157, (159), (186), 210, 401, 470, (499),
 (494), (497), 548, 600, 650, 652, 740, 794, (846), 872, 928, 929,
 944, 965, (979), 1005, 1070, 1114, 1191, (1201), (1204), 1249,
 1256, (1285), (1327), (1360), 1411, 1447, (1475), 1512, (1584),
 (1685), 1726, 1734, (1836), 1845, (1971), (1994), 2023, 2048,
 2059, 2096, 2107, 2113, (2115), (2181), 2231, 2304, 2323, (2331),
 (2338), 2382, 2410, (2417), (2420), (2478), 2536, 2543, 2544,
 (2578), 2595, 2607, (2787), 2919, 2953.

St. C 27 Stück zu 500 Mk.

28, 89, 119, 190, 197, 203, 342, 428, (536), 544, (653), 655,
 673, (708), 731, (781), (791), 832, 854, 879, 889, (911), (920),
 921, (963), (995), 1010, (1012), 1042, (1121), 1166, 1169, 1176,
 (1201), 1265, (1268), (1325), (1330), 1360, 1407, (1422), (1436),
 1452, (1521), (1523), 1548, (1582), (1598).

St. D 17 Stück zu 200 Mk.

153, (178), 209, 251, 253, 277, 320, (323), 359, 440, 452, 480,
 532, 542, 576, (601), 660, 733, (815), (821), (833), (878), (847),
 880, 942.

Anleihen 1907. Heimzahlbar auf 1. September 1922.

St. A 12 Stück zu 5000 Mk.

35, 60, 122, 281, (298), 300, 376, (410), (431), 489, 530, (596),
 603, 654, 701, 705, (799).

St. B 31 Stück zu 2000 Mk.

(33), (51), 209, (295), 450, 454, (601), 523, 589, (595), 725, 738,
 (775), 936, 1087, 1088, 1127, 1133, 1307, 1340, 1516, 1535,
 1545, (1579), (1591), (1704), 1766, (1775), 1776, (1823), 1842,
 (1885), (1973), (1987), (1988), 2132, 2139, 2185, (2186), 2205,
 2232, (2322), 2345, (2348), 2411, (2476), (2486), 2506, (2581),
 2583, (2627), (2695), 2844, 2883.

St. C 29 Stück zu 1000 Mk.

99, (171), 263, (388), 422, (439), 444, 466, (506), (591), 594,
 619, 665, 701, 716, 722, (723), 749, 765, 829, 856, (92